



Bayern SPD **NEUES AUS DEM EU-PARLAMENT** VON KERSTIN WESTPHAL KW 49

Grenzen in den Köpfen abbauen - Interreg-Programm macht's möglich Die EU fördert auch grenzüberschreitende Kleinstprojekte aus Sport und Kultur



Foto: Pixabay

Grenzübergreifender Hochwasserschutz am Inn, gemeinsame bayerisch-österreichische Ausstellungen oder das bayerisch-tschechische Sportfest – solche Projekte können mit EU-Geldern unterstützt werden. Genauer gesagt: Mit dem Programm „Interreg“ für grenzübergreifende Zusammenarbeit. Bayern erhält aus diesem Programm einen dreistelligen Millionenbetrag. Am Montag hat der zuständige Ausschuss des EU-Parlaments seine Position dazu abgestimmt.

[Hier zum Artikel...](#)

Datenkrake PKW - Wem gehören die Daten aus meinem Auto? Autoindustrie soll für Transparenz sorgen und verspieltes Vertrauen zurückgewinnen



Foto: Pixabay

In modernen PKWs wird immer mehr Elektronik verbaut. Dutzende Sensoren sammeln Daten zum Fahrzeugzustand, zur Reichweite, Temperatur oder zur GPS-Position. Diese Daten werden – wenn der/die HalterIn zustimmt – an die Automobilhersteller geschickt. Zum Wohle der BesitzerInnen, so versprechen es zumindest die Hersteller. Daten- und Verbraucherschützer sind jedoch alarmiert. Und auch die EU-Kommission wird von verschiedenen InteressensvertreterInnen zum Handeln aufgefordert, denn noch ist nicht hinreichend geklärt, wem die Daten aus dem Auto gehören. Vorsicht ist geboten: Diese Datensammelei ist nicht immer zum Wohle der PKW-Besitzer! [Hier zum Artikel...](#)

Fairness und Transparenz beim Online-Handel durchsetzen SPD im Europaparlament will unlautere Handelspraktiken im e-Commerce verhindern



Foto: Pixabay

Bewertungs- und Buchungsportale spielen für Online-Händler eine entscheidende Rolle. Im Online-Handel sind Unternehmen zunehmend abhängig von Plattformen wie Booking, Applestore oder Edreams. Wie diese Plattformen ihr Urteil bilden, bleibt jedoch oft unklar. Die Auflistung eines Unternehmens geschieht häufig ohne jegliche Begründung; die Geschäftsbedingungen der Plattform ändern sich von einem Tag auf den anderen. Das hat sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für die Unternehmen negative Folgen. Darum wollen wir das ändern!

[Hier zum Artikel...](#)

Sozialdumping gegen LKW-FahrerInnen eindämmen

EU-Mitgliedsstaaten positionieren sich zum Mobilitätspakt

Foto: EU, EP 2018



Nach langem Ringen haben sich die Mitgliedstaaten der EU in der Nacht zu Dienstag, 4. Dezember, auf eine Position zum sogenannten Mobilitätspaket geeinigt. Dabei geht es um insgesamt drei Gesetzesvorhaben. Die wichtigsten Ergebnisse: Fahrerinnen und Fahrer sollen unter die Entsenderichtlinie fallen - und damit unter die Mindeststandards zu Lohn, Urlaub usw. des jeweiligen Landes, in dem sie arbeiten. Ihre reguläre wöchentliche Ruhezeit sollen sie nicht mehr in der Fahrerkabine verbringen müssen und spätestens jede vierte Woche ins Land des Unternehmenssitzes zurückkehren können. Das ist ein wichtiger Schritt zum Prinzip ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort‘! [Hier zum Artikel...](#)

Die Europäische Verbandsklage stärkt VerbraucherInnen

Rechtsausschuss will durch Verbandsklagen bessere Kundenrechte im Flug- und Bahnverkehr

Foto: Pixabay



Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat am Donnerstag, 6. Dezember, eine Stärkung der kollektiven Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber großen Unternehmen beschlossen. Die Verbandsklage soll es Verbraucherorganisationen künftig ermöglichen, vor Gericht gegen unlautere Händler vorzugehen und gegebenenfalls Schadensersatz geltend zu machen. Nach hartem Kampf gegen die Verschleppungstaktik der Konservativen sowie Versuche der Industrie, den Vorschlag zu verwässern, hat der Ausschuss viele Verbesserungen auf den Weg gebracht. Die Anstrengungen haben sich gelohnt. [Hier zum Artikel...](#)

Für eine gerechte Besteuerung der Digitalwirtschaft, Google & Co.

Google, Apple und Co. verdienen in der EU Milliarden und zahlen kaum Steuern

Foto: Pixabay



Gewinne sollen da versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden! Dann würden sich Digitalriesen nicht ihrer Pflicht, Steuern in Europa zu zahlen, entziehen können. Während es völlig selbstverständlich ist, dass BürgerInnen oder kleine Firmen ihre Steuern dort zahlen, wo sie leben und arbeiten, kommen große Online-Unternehmen mit Kleckerbeträgen davon. Im Gastbeitrag von meinen Fraktionskollegen Udo Bullmann, Peter Simon und Paul Tang in der Frankfurter Rundschau wird deutlich: Mit nationalen Methoden ist dem Problem nicht beizukommen. Hier braucht es eine europäische Lösung. [Hier zum Artikel...](#)

Weitere SPD Meldungen aus dem EU-Parlament:

www.spd-europa.de



Europabüro Würzburg: Kerstin Westphal, Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg

E-Mail: kerstin.westphal@ep.europa.eu - Telefon: +49 931 4525 3128, Fax +49 931 45253129

www.kerstin-westphal.de - www.facebook.com/kerstin.westphal - <https://twitter.com/WestphalKerstin>

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, mailen Sie an: presse@kerstin-westphal.de